

Bericht der Frühjahrssession 2023

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Frühjahrssession berieten die eidgenössischen Räte mehrere hochschulpolitische Geschäfte. Der Nationalrat befasste sich gleich mit vier Vorstössen, welche die Linderung des Primarlehrpersonenmangels zum Ziel haben. Im Ständerat wurde eine Motion zur Einführung neuer Titelbezeichnungen für die höhere Berufsbildung intensiv diskutiert und schliesslich abgelehnt. Zudem wurden zwei europapolitische Motionen behandelt, welche die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU vorantreiben sollten – nicht zuletzt mit dem Ziel einer möglichst raschen Assoziierung der Schweiz an den EU-Programmen. Für beide Motionen gab es keine Mehrheiten.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Der Nationalrat fordert den prüfungsfreien Zugang mit Berufsmaturität zur Primarlehrpersonausbildung

Der Nationalrat beriet in der Frühjahrssession mehrere Vorstösse seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), die das Ziel haben, den Mangel an Lehrpersonen auf Primarschulstufe zu bekämpfen. Er nahm die Motion «Prüfungsfreier Zugang mit der Berufsmatura zu Pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung zur Primarlehrperson» (**22.4268**) mit 122 zu 41 Stimmen bei 23 Enthaltungen an. Diese fordert die Abschaffung der Prüfung für Absolvierende einer Berufsmaturität für den Zugang zur Primarlehrpersonenausbildung. Der Bundesrat lehnt die Motion mit der Begründung ab, dass die Primarlehrerausbildung in der Kompetenz der Kantone und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) liegt. Er zeigte sich jedoch bereit, die Zulassungsregeln für die Pädagogischen Hochschulen (PH) und deren Verbesserung in Zusammenarbeit mit der EDK zu prüfen. Ein dahingehendes Postulat («Zulassung von Absolventen und Absolventinnen einer Berufsmatura zur Primarlehrerausbildung», **22.4267**) wurde

von der grossen Kammer ebenfalls angenommen. Die Motion wird als Nächstes im Ständerat behandelt.

Parallel dazu beauftragte die grosse Kammer den Bundesrat mit dem Postulat «Gezielte Datenerhebung als Massnahme gegen den Lehrpersonenmangel» (**22.4265**), gemeinsam mit den Kantonen und den PH in einem Bericht aufzuzeigen, wieso Lehrpersonen den Beruf verlassen oder darin verbleiben. Schliesslich stimmte der Nationalrat einem Postulat zu, das «umfassende, systematische, wissenschaftlich fundierte Evaluationen von Schulreformen durch die Kantone» fordert (**22.4266**). Die Auswirkungen der Reformen auf die Schülerinnen und Schüler sowie die dadurch zusätzlich entstehenden Belastungen für die Lehrpersonen sollen überprüft werden.

Protokoll des Nationalrats vom 2. März 2023

Vorerst keine neuen Titel für die höhere Berufsbildung

Der Ständerat lehnte die Motion «Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung» (**20.3050**) mit 19 zu 16 Stimmen bei 6 Enthaltungen als Zweitrat ab. Die somit erledigte Motion hatte zum Ziel, die Abschlüsse der höheren Berufsbildung mittels Einführung der Titelbezeichnungen «Professional Bachelor» und «Professional Master» aufzuwerten. Die Schweizer Berufsbildungsabschlüsse sollten damit im internationalen Vergleich besser positioniert werden. Der Bundesrat empfahl die Motion zur Ablehnung. Er sieht darin ein Risiko, die Titelstrukturen der Berufsbildung und der Hochschulen, insbesondere der Fachhochschulen, zu vermischen und insofern die Akademisierung der höheren Berufsbildung zu fördern. Zudem ist die Prüfung von neuen ergänzenden Titeln für die Abschlüsse der Höheren Fachschulen bereits Teil eines Massnahmenpakets zur Stärkung der höheren Berufsbildung. Der Bundesrat wird hierzu in der kommenden Legislatur eine Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden.

Protokoll des Ständerats vom 6. März 2023

Der Ständerat wünscht baldige Assoziierung an die EU-Programme, aber nicht auf diesem Weg

Am zweitletzten Sessionstag lehnte der Ständerat die Motion «Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandorts» (**22.3012**) der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) mit 31 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Der Bundesrat sollte beauftragt werden, Verhandlungen mit der Europäischen Union zu führen, mit dem Ziel der umgehenden Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme Horizon Europe, Digital Europe, Euratom und Erasmus+ für die Periode 2021-2027. Der Motionstext stellte die

Möglichkeit einer einmaligen Erhöhung des Schweizer Kohäsionsbeitrags in Aussicht. Zudem sollten die Grundsätze für zukünftige Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU festgehalten werden. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats hatte die Motion insbesondere aufgrund der Verknüpfung mit einer Erhöhung des Kohäsionsbeitrags einstimmig (bei einer Enthaltung) zur Ablehnung empfohlen. Sie unterstützt das Ziel einer möglichst baldigen Assoziierung der Schweiz an die EU-Programme voll und ganz, doch erachtet sie die vorherige Regelung der institutionellen Fragen als unumgänglich. Die kleine Kammer folgte dieser Empfehlung, womit das Geschäft erledigt ist.

Protokoll des Ständerats vom 16. März 2023

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...

...im Ständerat die Motion «Post-Covid-19. Für eine ständige Plattform von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten» (**21.3225**) beraten. Die vorberatende Wissenschaftskommission und der Bundesrat empfahlen die Ablehnung der Motion, da seitens der Bundesverwaltung bereits Massnahmen in diese Richtung geprüft wurden und geplant sind. Die Motion wurde schliesslich aus denselben Gründen zurückgezogen.

...im Nationalrat die Motion «Institutionelle Regeln für die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt. Unverzögliche Aufnahme von Verhandlungen mit der EU» (**22.4277**) seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) mit 98 zu 90 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt. Das Anliegen ist somit erledigt.

...im Ständerat die Motion «Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten» (**22.3869**) als Zweitrat mit 26 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Der Bund muss somit Krankheiten, die ausschliesslich oder meistens Frauen betreffen, stärker erforschen lassen.

...im Nationalrat das Geschäft des Bundesrates «Ausländer- und Integrationsgesetz. Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss» (**22.067**) behandelt und die Gesetzesänderung mit 135 zu 51 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Er will damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Als Nächstes wird der Ständerat den Revisionsentwurf beraten.

...im Ständerat die Interpellation «Aktuelle Daten zum Fachkräftemangel in der Pflege. Vorlegen oder jetzt beschaffen» (22.4136) diskutiert. Das Geschäft ist nun erledigt.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

Werden der Arbeitsmarkt und die Aus- und Weiterbildung an die Klima- und Energienotlage angepasst?

Motion (22.4337) von Nationalrätin Valentine Python (GPS).

Eingereicht am 12. Dezember 2022.

Der Bundesrat hat am 22. Februar 2023 die Ablehnung der Motion beantragt.

Für ehrgeizigere Programme zur Behebung des Fachkräftemangels im Energiebereich

Interpellation (22.4378) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).

Eingereicht am 14. Dezember 2022.

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2023 darauf geantwortet.

Erasmus plus. Akademische Attraktivität der Schweiz

Interpellation (22.4468) von Nationalrat Vincent Maître (Mitte).

Eingereicht am 15. Dezember 2022.

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2023 darauf geantwortet.

Data-Science-Strategie des Bundes

Interpellation (22.4555) von Nationalrätin Meret Schneider (GPS).

Eingereicht am 16. Dezember 2022.

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2023 darauf geantwortet.

Wie werden die überregionalen Leistungen grösserer ausserschulischer MINT-Lernorte vom Bund unterstützt?

Interpellation (22.4576) von Nationalrat Niklaus-Samuel Gugger (Mitte).

Eingereicht am 16. Dezember 2022.

Der Bundesrat hat am 15. Februar 2023 darauf geantwortet.

Gleichwertigkeit öffentlicher und privater Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Parlamentarische Initiative (23.405) von Ständerat Ruedi Noser (FDP).
Eingereicht am 14. März 2023.

Titeläquivalenz für die höhere Berufsbildung

Motionen (23.3259; 23.3389; 23.3295 – 23.3298) von Nationalrat Mustafa Atici (SP), Fabien Fivaz (GPS), Jürg Grossen (GLP), Matthias Samuel Jauslin (FDP), Mike Egger (SVP) und Nationalrätin Christine Buillard-Marbach (Mitte).
Eingereicht am 16. März 2023.

Sensibilisierungskampagne und Aus- und Weiterbildung zum Thema "Umwelt und Gesundheit"

Motion (23.3198) von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (GPS).
Eingereicht am 16. März 2023.

Förderung der Grundkompetenzen: Teilnahme bis 2028 verdoppeln

Motion (23.3198) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).
Eingereicht am 16. März 2023.

Numerus clausus. Schluss mit der Auswahl von Medizinstudenten nach anderen Kriterien als Kompetenz und Qualität.

Motion (23.3293) von Nationalrat Benjamin Roduit (Mitte).
Eingereicht am 16. März 2023.

Innovationsförderung auch für (kleinere) KMU

Postulat (23.3059) von Nationalrat Andreas Meier (Mitte).
Eingereicht am 7. März 2023.

Nationaler Aktionsplan für eine Weiterbildungsoffensive für Erwachsene mit tiefem Bildungsstand, prekärem Arbeitsmarktstatus und niedriger beruflicher Stellung

Postulat (23.3261) von Nationalrat Mustafa Atici (SP).
Eingereicht am 16. März 2023.

Keine Berufs- und Höhere Fachprüfungen auf Englisch im Berufsfeld der ICT: Eine Ungleichbehandlung durch den Bund?

Interpellation (23.3118) von Nationalrat Franz Grüter (SVP).
Eingereicht am 13. März 2023.

Rückzug der Wissenschaft und Klimaskepsis: Was tut der Bund?

Interpellation (23.3117) von Nationalrätin Valentine Python (GPS).
Eingereicht am 13. März 2023.

Bundesleistungen der EHB konkurrenzieren die Privatwirtschaft

Interpellation (23.3126) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).
Eingereicht am 13. März 2023.

Brauchen die Lehrbetriebsverbände, die durch die Ausbildung von qualifiziertem und ortsansässigem Nachwuchs die Wirtschaft unterstützen, mehr Flexibilität?

Interpellation (23.3130) von Ständerat Philippe Bauer (FDP).
Eingereicht am 14. März 2023.

Sinkende Reallöhne für Absolventinnen und Absolventen mit einer Berufsbildung. Was unternimmt der Bund?

Interpellation (23.3190) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 15. März 2023.

Unterstützung von kantonalen Berufsbildungsoffensiven durch den Bund

Interpellation (23.3194) von Nationalrat Mike Egger (SVP).
Eingereicht am 16. März 2023.

Rolle der Eawag in der Westschweiz

Interpellation (23.3231) von Nationalrat Sidney Kamerzin (Mitte).
Eingereicht am 16. März 2023.

Nachhaltige Entwicklung in der Qualitätsentwicklung der Berufsbildung

Interpellation (23.3356) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (GPS).
Eingereicht am 17. März 2023.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? **abmelden**

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

21. März 2023
